

Liebe Leserinnen und Leser,

der deutsche Bundeskanzler war in der vergangenen Woche zu Gast im EU-Parlament. Vorneweg: Es war kein Highlight. „Ideenlos in Straßburg“, „Der Kanzler muss Kritik einstecken“ und „Scholz spricht im EU-Parlament - eine Grüne zerreißt ihn in der Luft“ lauteten nur einige der Überschriften großer deutscher Medien nach der Rede des Bundeskanzlers. Und in der Tat: Scholz trat am Europatag in Straßburg gewohnt ideenlos und uninspiriert auf und wärmte vor allem altbekannte Ideen auf. Wirklich bemerkenswert an seiner Rede waren jedoch die Reaktionen. Scholz wurde von fast allen Seiten ungewohnt scharf kritisiert, nicht nur von Oppositionsparteien. Am lautesten war die Kritik aus den Reihen seiner grünen Koalitionspartner. Deutschland gibt damit in Europa ein denkbar schlechtes Bild ab.



Einen bemerkenswerten Erfolg können wir als EVP-Fraktion verzeichnen. Auf unsere Initiative hin fand am Mittwoch eine Kerndebatte zur Landwirtschaft in Europa statt. Die EU-Kommission muss endlich in der landwirtschaftlichen Realität ankommen und sich von ihren haarsträubenden Ideen aus dem Elfenbeinturm verabschieden. Sie gefährden die Existenzen unserer europäischen Bäuerinnen und Bauern und damit unsere Ernährungssicherheit.

Mehr zum Thema und was in Straßburg sonst noch wichtig war, lesen Sie in meiner neuen Ausgabe des Newsletters.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Rede von Olaf Scholz

Zur Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz im Europäischen Parlament erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Bundeskanzler Scholz hat im Plenum keine neuen Impulse für die Zukunft der EU geliefert. Letztendlich hat Scholz nichts anderes getan, als bekannte Ideen erneut gewohnt uninspiriert aufzuwärmen. Man fragt sich, welche Botschaft der Bundeskanzler eigentlich in Straßburg überbringen wollte.

Sein leidenschaftliches Plädoyer für mehr Freihandelsabkommen steht wieder einmal diametral zum Handeln der Ampelparteien in Brüssel und Straßburg. Dazu passt, dass die Redner von Grünen und Liberalen Scholz in der Luft zerreißen und die Zerstrittenheit der Regierungskoalition geradezu zelebrieren. Wer solche Partner hat, braucht keine Feinde.

In der Bundesregierung herrschen Selbstbeschäftigung und Chaos. Noch im letzten Jahr blockierte Kanzler Scholz die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine. Gleichzeitig brachten die Grünen in Straßburg einen Antrag ein, damit Deutschland endlich die Panzer liefert. Im März stimmten die Abgeordneten von SPD und Grünen für die Zwangssanierung von Gebäuden und wenige Tage später spricht sich SPD-Bauministerin Geywitz dagegen aus.

Europa erwartet zurecht Handlungsfähigkeit und Führung von Deutschland. Unter Bundeskanzlerin Merkel hat Deutschland in Europa vielleicht nicht immer geliefert, aber unter Bundeskanzler Scholz liefert Deutschland fast immer nicht."

Debatte im EU-Parlament: Landwirtschaft im Fokus

Meine Rede im Plenum zur Agrardebatte im Newsletter zum Nachlesen und in der [Live Aufnahme](#) zum Anschauen.

„Frau Kommissarin,

„Und wenn ich wieder auf die Welt komme, werde ich wieder Bauer! Es gibt keinen schöneren Beruf!“

Diesen Satz hat mein Mann so oft gesagt. Dabei ist der Wandel, die Transformation auf unserem Hof bis heute Realität und Normalität.

Schon vor über 20 Jahren haben wir den grünen Oskar eines bayerischen Umweltmagazins für innovative Ideen erhalten. Ich weiß, dass diesen Preis Millionen von Betrieben in Europa auch verdient haben, denn sie geben jeden Tag ihr Bestes für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher.

Dank und Respekt! Ob Fischwirt, Forstwirt, Tierwirt, Winzer oder Hauswirtschaft. Die 14 klassischen grünen Berufe zeigen die Vielfalt in unserer Branche.

Mein Mann hat den Landwirt als Seiteneinsteiger mit viel Liebe erlernt. Und lieber Sigi, du schaust nun schon lange von oben zu. Du warst mein größter Kritiker und bester Ratgeber. Ich weiß, was du denkst: „Marlene, das darfst du nicht zulassen in Europa! Ihr fahrt unsere Landwirtschaft mit einer weltfremden Politik an die Wand! Es reicht! Wacht auf! Hört endlich zu!“

Wir haben die sichersten Lebensmittel mit bester Qualität. Gleichzeitig hauen wir unsere Bauern in die Pfanne, stellen sie unter Generalverdacht und sagen ihnen, dass sie keine Ahnung von ihrem Beruf haben.

Das ist dünnes Eis, auf dem sich die EU-Kommission bewegt. Es droht einzubrechen mit diesem Bombardement an schlechten Gesetzen.

We should not kill our farmers, we should support them. Wir sind hier die Mutmacher! Ihr Grünen seid die Angstmacher! Wir kämpfen für Farmers for future!“

Die Debatte kam auf Drängen der EVP-Fraktion zustande. Denn wir, die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, sind die Partei der Landwirte.

Meine **Pressemeldung** im Vorfeld der Debatte können Sie [hier](#) nachlesen.

Vor der Agrardebatte im Plenum haben **Peter Liese (CDU)**, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, und **Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Agrarausschusses, ein gemeinsames Positionspapier mit dem Titel „[Klima- und Umweltpolitik aus der Perspektive des ländlichen Raumes denken - Mehr Respekt für Landwirte, Forstwirte und Dorfbewohner](#)“ verfasst. Darin verlangen sie mehr Verständnis für den ländlichen Raum und machen dies an sechs konkreten Beispielen sowie sechs konkreten Forderungen deutlich.

Peter Liese:

„Wir haben am Green Deal der EU-Kommission federführend mitgewirkt und erreicht, dass sowohl beim Europäischen Emissionshandel als auch bei den Regeln zum Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft (LULUCF) die Ergebnisse so ambitioniert sind, dass wir das CO₂-Reduktionsziel für 2030 von 55 Prozent sogar auf 57 Prozent steigern konnten. Gleichzeitig sehen wir, dass die Menschen insbesondere im ländlichen Raum, von den Vorschlägen, die vor allem auf Betreiben der Grünen in Berlin und in Brüssel gemacht werden, objektiv überfordert sind. Von einer Dachterrasse in Berlin-Prenzlauer Berg, Stuttgart-Birkach oder Köln-Ehrenfeld kann man leicht Vorgaben für die Landwirt- und Forstwirtschaft sowie die Menschen im ländlichen Raum insgesamt machen. Die Umsetzung vor Ort ist allerdings manchmal schwierig bis unmöglich.“

Wir brauchen mehr Marktwirtschaft statt Verbote. Wir fordern Bundeswirtschaftsminister Habeck auf, seine Pläne für ein Verbot von fossilen und Biomasseheizungen ab 01.01.2024 ersatzlos zu streichen. Das deutsche Brennstoffemissionshandelsgesetz und das kürzlich beschlossene ETS II für Wärme und Straßenverkehr in Europa garantiert, dass die Klimaziele auch ohne solche Verbote erreicht werden und lässt jedem Hausbesitzer genügend Alternativen.“

Norbert Lins:

„Zu oft wird über die Köpfe von Dorfbewohnern, Landwirten, Forstwirten und anderen im ländlichen Raum hinweg ideologisch und dogmatisch reagiert. Das muss sich ändern, wenn wir den sozialen Frieden in Deutschland und Europa erhalten und sinnvolle Klima- und Umweltziele nachhaltig erreichen wollen. Wir fordern einen pragmatischen Naturschutz mit der Land- und Forstwirtschaft sowie den Kommunen und Unternehmen im ländlichen Raum. Den Vorschlag der EU-Kommission des Naturwiederherstellungsgesetzes (Nature Restoration Law) lehnen wir in dieser Form ab. Wir fordern die Kommission auf, den Vorschlag zurückzuziehen und einen neuen Vorschlag vorzulegen, der die Anliegen der Menschen im ländlichen Raum berücksichtigt.“

Außerdem brauchen wir eine nachhaltige Forstwirtschaft und kein Verbot von Biomassennutzung. Es ist leicht, in der Innenstadt von Berlin zu fordern, dass wir aufhören müssen, Holz zu Heizzwecken zu verwenden und den Wald sich selbst zu überlassen. Aber viele

Menschen leben vom Wald. Nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes ist für viele Menschen im ländlichen Raum die wichtigste Altersversorgung. Und für viele Menschen im ländlichen Raum ist Holz auch die einzige realistische Option, um vom Gas oder Öl wegzukommen. Wir dürfen Bürger und Landwirte nicht mit Regulierungswut überfordern."

Hintergrund:

Das Positionspapier besteht aus folgenden sechs Forderungen: 1. Marktwirtschaft und sozialer Ausgleich statt Heizungsverbot, 2. Vorrang von Weidetierhaltung gegenüber Wölfen, 3. Die Luft in Deutschland und Europa ist drastisch besser - Autofahrer durchatmen lassen, 4. Ernährungssicherheit statt Pflanzenschutzverbot, 5. Naturschutz mit den Landnutzern, 6. Nachhaltige Forstwirtschaft statt Verbot von Biomassenutzung

Ernährungssicherheit und eine widerstandsfähige Landwirtschaft

Der Agrarausschuss stimmte Ende April seine Position zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der EU-Landwirtschaft ab. Dazu **meine Erklärung** als zuständige Berichterstatterin des Europaparlaments:

„Die Sicherung unserer Ernährung ist zur weltweiten Herausforderung geworden und auch in Europa keine Selbstverständlichkeit. Das hat einmal mehr der illegale russische Angriff auf die Ukraine gezeigt. Logistik, Transport und Lagerung sind für eine reibungslos funktionierende Lieferkette unverzichtbar. Wir müssen uns in Europa wieder mehr auf uns selber verlassen und Abhängigkeiten von Drittstaaten reduzieren. Statt neue Züchtungstechnologien komplett abzulehnen, sollten wir uns fragen, welche Züchtungsziele Nachhaltigkeit am besten fördern können.

Es ist ein hohes Gut, dass wir uns mit unseren eigenen, heimischen Produkten versorgen können. Der Green Deal darf nicht zu mehr Lebensmitteleinfuhren aus Drittstaaten führen. Auch Lebensmittelverschwendung und Lebensmittelspekulation müssen noch mehr in den Fokus gestellt werden. Ich fordere die Kommission deshalb in meinem Bericht dazu auf sicherzustellen, dass unsere Landwirtinnen und -wirte weiterhin in der Lage sein werden, hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse zu produzieren und zu liefern. Dafür brauchen die europäischen Bäuerinnen und Bauern praxisnahe und faire Rahmenbedingungen. So wird der Beruf auch für junge Landwirte wieder attraktiv. Mit dieser Wertschätzung im Rücken motivieren wir sie, am Ball zu bleiben und ihr Bestes zu geben. Sie sichern nicht nur unsere Ernährung, sondern auch unsere Zukunft.“

Getreide aus der Ukraine: Problem verschoben, nicht gelöst

Die Einigung zwischen der EU-Kommission und den EU-Anrainerstaaten bezüglich des Imports von Agrarprodukten aus der Ukraine ist im besten Fall eine Scheinlösung. Die ‚solidarity lanes‘ haben von Anfang an nur auf dem Papier funktioniert. Das Getreide aus dem Brotkorb der Welt - der Ukraine - sollte dorthin, wo die Menschen hungern: nach Afrika und anderswo. Jetzt landet es in Polen oder Rumänien. Hier sind die Bauern zurecht stinksauer. Denn das Getreide sollte dort nicht abgeladen, sondern nach Afrika überführt werden.

Lesen Sie mein ausführliches Statement dazu [hier](#).

Schutz europäischer landwirtschaftlicher geografischer Angaben

Mit großer Mehrheit hat der Rechtsausschuss den Rechtsakt des Rates zum Beitritt der EU zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben angenommen. Damit wird der Schutz europäischer landwirtschaftlicher geografischer Angaben (g.A.) auf internationaler Ebene gestärkt. Hierzu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses und Berichterstatterin für das Europaparlament:

„Dieser globale Schutz, der teilweise bereits heute für einige Mitgliedsstaaten besteht, schafft eine echte Win-Win-Situation. Er wirkt sich nicht nur positiv auf Wachstum und Beschäftigung sowie den Handel aus, sondern stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen und insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Darüber hinaus schützen wir traditionelles Know-how.

Die Hersteller profitieren von einem rechtlichen Schutz ihrer geografischen Angabe auf den globalen Märkten. Damit herrscht Rechtsklarheit im Falle von Konflikten. Gleichzeitig können sich Bürgerinnen und Bürger dank der geografischen Angabe sicher sein, dass sie ein authentisches Produkt mit spezifischen Eigenschaften kaufen. Bei einer mit dem Siegel ‚g.A.‘ versehenen Thüringer Rostbratwurst, die in einem Supermarkt außerhalb der EU verkauft wird, können sich die Käufer dann auch darauf verlassen, dass es sich tatsächlich um eine Rostbratwurst aus Thüringen in Deutschland handelt.“

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Zu den vorgestellten Plänen der EU-Kommission für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts erklärt **Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Die Kommission hat bei der Reform der Schuldenregeln aus den Augen verloren, worum es wirklich geht, nämlich die Finanzstabilität. Mit dem Verwässern der Schuldenregeln untergräbt die Kommission das Fundament unserer gemeinsamen Währung.

Flexibilität ist das falsche Leitmotiv bei der Reform der Schuldenregeln. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hatte nie ein Flexibilitätsproblem, sondern ein Anwendungsproblem. Statt auf mehr Flexibilität zu setzen, müsste auf bessere Durchsetzung gesetzt werden. Es ist zudem zweifelhaft, ob die Lehren aus dem Covid-Aufbaufonds auf die EU-Schuldenregeln übertragbar sind. Wenn es um die Schuldenregeln geht, braucht es objektive und harte Kriterien und keine länderspezifischen Hinterzimmerdeals. Je weniger transparent der Prozess ist, desto größer wird das Misstrauen gegenüber der Kommission.

Die Achillesferse des Stabilitäts- und Wachstumspakts war immer das Sanktionsregime. Das beste Regelwerk nützt nichts, wenn es nicht zur Anwendung gebracht wird. Hier hat die Europäische Kommission in der Vergangenheit kläglich versagt und eine echte Reformchance verpasst. Das Dilemma der Kommission wird einmal mehr deutlich. Sie will gleichzeitig unabhängiger Schiedsrichter und politischer Akteur sein. Probleme sind da unvermeidlich. Die ehrliche Lösung wäre gewesen, eine unabhängige Stelle mit der Aufsicht über die Schuldenregeln zu betrauen.

Die anstehenden Verhandlungen in Rat und Parlament werden schwierig. Die Bundesregierung ist dabei in einer schwachen Verhandlungsposition. Wer zu Hause mit Schattenhaushalten operiert und in Brüssel das Sparen predigt, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Ampel-Regierung hat sich selbst in eine schwierige Ausgangslage manövriert.“

Haushaltsentlastung 2021: Nachbesserungsbedarf beim Coronafonds

Das Europäische Parlament stimmte über die Haushaltsentlastung von insgesamt 54 EU-Institutionen und Organen für das Haushaltsjahr 2021 ab. Dazu erklärt **Monika Hohlmeier** (CSU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments und Co-Berichterstatteerin für die Haushaltsentlastung der Europäischen Kommission für 2021:

„Die demokratische Kontrolle des EU-Haushalts ist eine der Kernkompetenzen des Europäischen Parlaments. Jedes Jahr prüfen wir die Bücher der EU-Kommission und aller übrigen EU-Organe, inklusive des Europäischen Parlaments selbst, und ob diese ihre Finanzmittel ordnungsgemäß ausgeben und verwalten. Dieses Jahr umfasst die Haushaltsentlastung erstmals die Prüfung des milliarden schweren EU-Corona-Wiederaufbaufonds.

Unser klares Ziel ist es, die digitale Rückverfolgbarkeit von EU-Mitteln zu verbessern und Doppelarbeit durch die Einführung digitaler Interoperabilität zu vermeiden. Dies würde Bürokratie verringern, die Arbeit der lokalen Behörden effizienter gestalten und gleichzeitig die Kontrolle darüber verbessern, wie Steuergelder ausgegeben werden.

Aufgrund des massiven Einflusses des Haushaltskontrollausschusses hat die Kommission inzwischen eine interaktive Plattform erstellt, die es allen Interessierten, vor allem Journalisten, ermöglicht, die Projekte aus dem Wiederaufbaufonds öffentlich nachzuverfolgen. Darüber hinaus werden die 100 größten Begünstigten in jedem Mitgliedstaat zweimal jährlich veröffentlicht.

Dennoch bleiben wesentliche Kritikpunkte: Die Mitgliedsstaaten und die Kommission teilen weiterhin nicht vollständig mit, wie viel Geld aus dem Fonds bis heute konkret die Realwirtschaft erreicht hat.

Ein weiteres Problem ist der langsame Abfluss der Mittel. Der schuldenfinanzierte Coronafonds war als rasches Aufbauinstrument nach der COVID-19-Pandemie gedacht, aber einige Mitgliedstaaten haben bis zum heutigen Tag noch keine Zahlung erhalten. In vielen Mitgliedsstaaten jedoch ist bis jetzt nur ein kleiner Anteil der finanziellen Mittel in den Wiederaufbau oder Innovation geflossen. So verfehlt der Aufbaufonds seinen ursprünglichen Zweck, der Wirtschaft nach Corona einen An Schub zu geben und wird zu einem gewöhnlichen Finanzierungstopf für die Mitgliedstaaten.“

Nachhaltig abheben: Kraftstoffe im Flugverkehr

Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten haben sich über den Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe im Flugverkehr geeinigt. Dazu erklären:

Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Mit der Einigung hebt Europa zur Dekarbonisierung des Luftverkehrs ab. Der Einsatz von nachhaltigen Flugkraftstoffen ist dabei der vielversprechendste und kostengünstigste Weg. Denn Fliegen soll auch in Zukunft möglich sein. Durch die weit gefasste Definition von nachhaltigen Flugkraftstoffen kann der europäische Luftverkehrssektor möglichst flexibel seine Emissionsziele erreichen.“

Durch die ambitionierten Quoten soll die Entwicklung und Produktion von nachhaltigen Flugkraftstoffen in Europa angekurbelt werden. Auch Deutschland kann dabei ein wichtiger Produktionsstandort werden. Das gilt insbesondere für die Herstellung von e-Kerosin, für das es eine extra Unterquote gibt. Um die nun gesteckten Ziele zu erfüllen, braucht es jetzt weitere gezielte Unterstützung für den Markthochlauf.“

Hildegard Bentele (CDU), Mitglied im Umwelt- und Industrieausschuss und Schattenberichterstatterin der EVP-Fraktion im Industrieausschuss zu ReFuelEU Aviation:

„Die Einigung enthält wesentliche Elemente meiner Änderungsanträge im Industrieausschuss: Vorgaben für die Produktion nachhaltiger Flugkraftstoffe wie die Deckelung der Verwendung von bestimmten Altspeiseölen, der Ausschluss von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen und ambitionierte Beimischquoten gekoppelt mit Unterquoten für synthetischen Kraftstoffe. Ich bin daher sehr zufrieden mit dem Ausgang der Verhandlungen.“

Flugkraftstoffhersteller haben nun Planungssicherheit für die Produktion und den Vertrieb von nachhaltigen Flugkraftstoffen, auch für zukunftsorientierte Produktionsstätten in der EU. Zusammen mit dem Emissionshandel für den Flugverkehr und den Nachhaltigkeitskriterien für Kraftstoffe in der Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED) hat meine Fraktion nun insgesamt ein Paket geschnürt, in dessen Zentrum sowohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit als auch die Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrs stehen.“

Hintergrund:

Die vorläufige Einigung legt den Mindestanteil nachhaltiger Flugkraftstoffe fest, die auf EU-Flughäfen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Emissionen zu senken und sicherzustellen, dass die EU bis 2050 klimaneutral wird. Vorgesehen ist, dass ab 2025 mindestens 2 % der Flugkraftstoffe umweltfreundlich sein sollen, wobei dieser Anteil alle fünf Jahre erhöht werden soll bis er letztendlich 70% im Jahr 2050 beträgt. Darüber hinaus muss ein bestimmter Anteil des Kraftstoffmixes (1,2 % im Jahr 2030, 2 % im Jahr 2032, 5 % im Jahr 2035 und schrittweise bis 35 % im Jahr 2050) aus synthetischen Kraftstoffen wie E-Kerosin bestehen.

Zudem soll es ab 2025 ein EU-Label für die Umweltleistung von Flügen geben. Die Fluggesellschaften werden ihre Flüge mit einem Label vermarkten können, das den erwarteten CO₂-Fußabdruck pro Passagier und die erwartete CO₂-Effizienz pro Kilometer angibt. Ziel ist die Vergleichbarkeit der Umweltleistung von Flügen, die von verschiedenen Airlines auf derselben Strecke durchgeführt werden.

Schutz der Europäischen Demokratie vor Einflussnahme

Der Sonderausschuss zur ausländischen Einflussnahme auf alle demokratischen Prozesse in der EU hat seinen Abschlussbericht abgestimmt. Hierzu erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Sonderausschussmitglied und Vorsitzende des Kulturausschusses:

„Immer wieder sehen sich zivile und öffentliche Einrichtungen in der EU ausländischen Cyberattacken ausgesetzt. Diese Bedrohungslage hat sich seit dem russischen Angriffskrieg

in der Ukraine zusätzlich intensiviert. Hinzukommend wird die hybride Bedrohung noch verstärkt durch ständige und destruktive Versuche von Einflussnahme aus dem Ausland, um unsere demokratischen Prozesse und Institutionen zu untergraben. Die Aufdeckung des Korruptionsskandals im Europäischen Parlament hat dies zuletzt nur allzu deutlich gezeigt.

Wir wollen, dass die EU ein Garant für die Bewahrung und Koordinierung nachhaltiger und wirksamer Schutzmechanismen ist. Die Ergebnisse des Sonderausschusses zeigen deutlich, dass für eine widerstandsfähige EU ein vielschichtiger Ansatz erforderlich ist. Als grundlegende Basis für den Aufbau von Resilienz ist eine gemeinsame Anstrengung der europäischen Institutionen, der Mitgliedstaaten, der Partnerländer, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der unabhängigen Medien erforderlich, um das gesellschaftliche und institutionelle Bewusstsein zu stärken. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, die Betreiber von Online-Plattformen zur Rechenschaft zu ziehen, und klare Regularien auf europäischer Ebene zu schaffen. Selbstregulierung allein wird nicht in allen Fällen reichen. Gleichzeitig müssen der Medienpluralismus und die journalistische Arbeit besser geschützt werden."

Europäische Munitionsproduktion hochfahren

Das Europaparlament will die Ukraine so schnell wie möglich mit deutlich mehr Munition ausstatten. Ziel ist es, die europäische Munitionsproduktion rasch hochzufahren, um den Kampf der Ukraine im russischen Angriffskrieg bestmöglich zu unterstützen. Aus diesem Grund haben die Abgeordneten in dieser Plenarwoche auf Antrag von CDU/CSU und EVP beschlossen, entsprechende Vorschläge der EU-Kommission in einem Dringlichkeitsverfahren zu behandeln. Schon im Juni können nun Verhandlungen zu den Details mit den Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Damit wäre eine endgültige Verabschiedung noch vor der Sommerpause im Juli möglich. Normalerweise dauern derartige Gesetzesverfahren mehrere Monate.

Die EU-Kommission hatte vergangene Woche vorgeschlagen, die Produktionskapazitäten im Bereich Munition mit finanziellen Anreizen in Höhe von 500 Millionen Euro anzukurbeln. Verbunden damit soll die Kommission im Einvernehmen mit den Mitgliedstaaten die europäische Munitionsproduktion überwachen und im Bedarfsfalle auch Bestellungen priorisieren können. Für CDU und CSU steht fest, dass dies nur ein erster Schritt zur Bewältigung des historisch strukturellen Mangels an Munition in Europa sein kann. Ebenso wichtig ist es, die europäische Verteidigungstechnologie- und Industriebasis zu stärken. Nur so können die gemeinsamen Anstrengungen zur Beschaffung von Verteidigungsgütern funktionieren.

Gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern

Der Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung sowie der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie haben sich zu einer Verordnung über ein Instrument, das die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern (EDIRPA) fördern soll, positioniert. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Co-Berichterstatter des Europäischen Parlaments:

„Russlands Angriff auf die Ukraine hat einerseits deutlich gemacht, dass viele, vor allem in Westeuropa, Putin zu lange unterschätzt haben. Andererseits hat unsere Unterstützung

für die Ukraine offengelegt, dass wir zu lange an unserer Verteidigung gespart und das Potenzial europäischer Zusammenarbeit nicht genutzt haben. Bereits 2007 hatten sich die Mitgliedstaaten auf 35 Prozent gemeinsame Verteidigungsinvestitionen verständigt. Im vergangenen Jahr wurden gerade einmal 18 Prozent erreicht. Diesen Weg können wir, auch mit Blick auf die geostrategischen Herausforderungen, nicht länger weitergehen. Ein deutliches Mehr an Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde.

Vor diesem Hintergrund gaben der Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung und der Industriausschuss des Europäischen Parlaments ein gleichermaßen notwendiges wie historisches Signal: Wir wollen, dass mit der EDIRPA-Verordnung die Mitgliedstaaten erstmalig mit einer Milliarde Euro aus dem EU-Haushalt dabei unterstützt werden, ihre Bestände an Verteidigungsgütern wieder aufzufüllen. Dabei soll ein besonderer Fokus auf den Staaten an der Ostflanke der EU liegen. Damit gehen wir deutlich über den Kommissionsvorschlag von 500 Millionen Euro hinaus. Halbherzigkeiten können wir uns aber nicht länger leisten. Gleichzeitig müssen wir dieses Instrument auch dafür nutzen, um die Ukraine und auch Moldau besser mit Verteidigungsgütern zu unterstützen.

Um das Instrument schnellstmöglich auf den Weg bringen zu können, haben wir uns zudem für einen schnellen Beginn der Verhandlungen mit dem Ministerrat ausgesprochen. Seitens des Parlaments werden wir uns in den Verhandlungen dafür einsetzen, dass wir schnell ein leistungsfähiges Instrument zur Verfügung haben, das die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer verteidigungspolitischen Ziele unterstützt und einen sicherheitspolitischen Mehrwert bietet.“

Hintergrund:

Am 19. Juli 2022 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines Rechtsakts zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) vorgelegt. Am 1. Dezember 2022 nahm der Rat seine allgemeine Ausrichtung an. Am 18. Januar 2023 veröffentlichten die Berichterstatter des gemeinsamen Ausschusses AFET und ITRE ihren Berichtsentwurf.

EDIRPA ist ein kurzfristiges gemeinsames Instrument zur Beschaffung von Verteidigungsgütern mit einem von der Kommission angedachten Umfang von 500 Millionen Euro. Es zielt darauf ab, die dringendsten und kritischsten Lücken in den Verteidigungsfähigkeiten zu schließen, in dem es Anreize für die Mitgliedstaaten schafft, Verteidigungsgüter gemeinsam zu beschaffen. Nachdem die Kommission auf dem Gipfel von Versailles im März 2022 ein konkretes Mandat erhalten hatte, legte sie im Mai 2022 eine Analyse der Investitionslücken im Verteidigungsbereich vor, der im Juli der Vorschlag zu EDIRPA als eines von mehreren Mitteln zur Behebung von Investitions-, Fähigkeits- und Industrielücken im Verteidigungsbereich folgte.

Europaparlament sagt Greenwashing den Kampf an

Wo Nachhaltigkeit draufsteht, muss künftig Nachhaltigkeit drin sein: Das Plenum hat in dieser Woche seine Position gegen spezielle Marketingmaßnahmen und für mehr Informationspflichten durch Unternehmen festgezurrut. Konkret sollen irreführende Aussagen über die Nachhaltigkeit von Produkten verboten und vergleichbare Produkteetiketten eingeführt werden. So soll sichergestellt werden, dass Verbraucher beim Warenkauf gut informiert sind und umweltfreundlichere Entscheidungen treffen können.

Auch geplante Obsoleszenz, also ein vorsätzlich geplanter früher Produktverfall, soll verboten werden. So wird verhindert, dass Produkte frühzeitig kaputtgehen und Verbraucher zum verfrühten Ersatzkauf angeleitet werden. Um den Binnenmarkt zu stärken, schlägt das Plenum ein EU-weit einheitliches Label für Gewährleistungen vor. Dies vereinfacht den grenzüberschreitenden Handel und schafft deutliche Bürokratie-Erleichterung für die Hersteller.

Die nun abgestimmten Vorschläge basieren auf Änderungen der Verbraucherrechte-Richtlinie sowie der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken. Nachdem sich das Europaparlament positioniert hat, können nun die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten losgehen.

Hintergrund:

Die „Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den grünen Übergang“ wurde im März 2022 als Teil des Pakets zur Kreislaufwirtschaft vorgeschlagen. Sie ändert sowohl die Verbraucherrechte-Richtlinie als auch die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken. Das Gesetzesvorhaben soll Greenwashing, also irreführende Umweltaussagen und Nachhaltigkeits-Labels, unterbinden. So soll sichergestellt werden, dass Verbraucher beim Warenkauf gut informiert sind und umweltfreundlichere Entscheidungen treffen können. Auch geplante Obsoleszenz, d.h. die bewusste Verkürzung der Lebensdauer von Produkten, soll verboten werden.

Künstliche Intelligenz

In einer gemeinsamen Sitzung haben der Binnenmarkt- und der Innenausschuss ihre Position zum KI-Gesetz abgestimmt. Beide Ausschüsse sind gemeinsam federführend für das Dossier zuständig. Dazu erklären **Axel Voss (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion im Innenausschuss, und **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

Axel Voss:

„Der AI Act ist ein richtiger Schritt um den legitimen Umgang mit risikobehafteter Künstlicher Intelligenz im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger zu regeln und unsere europäischen demokratischen Werte im globalen Markt zu stärken.“

Was mir allerdings Sorgen bereitet ist ein bestehender angstgetriebener Umgang mit Künstlicher Intelligenz, der die Chancen neuer Technologien völlig erstickt. Ich hätte mir gewünscht mit diesem Gesetz auch unseren Industriestandort für neue Technologien zu stärken. Jetzt bekommt unsere Industrie allerdings weiterhin nicht die Chance die sie bräuchte, um mit den USA oder China mithalten.“

Andreas Schwab:

„Eine europäische Vorschrift für KI-Anwendungen ist besser als 27 nationale Alleingänge. Deshalb ist richtig, dass die EU einen Binnenmarkt für vertrauenswürdige KI schaffen will, die den Menschen in die Mitte stellt. Gleichzeitig muss ein Mehr an Regeln auch wirklichen Mehrwert für Unternehmen und Nutzer schaffen. Denn Europa steht hier im Wettbewerb mit den USA und China.“

Die Sicherheit der Nutzer großer Online-Plattformen wie Instagram, TikTok oder YouTube, die das Gesetz über digitale Märkte sicherstellen soll, darf nicht durch widersprüchliche

oder unscharfe Anforderungen im KI-Gesetz ausgehöhlt werden. Hier sehe ich trotz vieler Verbesserungen, die die Parlamentsposition im Vergleich zum Kommissionsvorschlag vorsieht, noch Klärungsbedarf.“

Neuausrichtung der EU-China-Strategie

Auf dem informellen Treffen der EU-Außenminister legt Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, heute ein Non-Paper zur Neuausrichtung der europäischen China-Strategie vor. Dies wird in die Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates Ende Juni einfließen, bei der eine Debatte über China auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden soll.

Dazu erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament:

„Die Volksrepublik China ist das einzige Land, welches die internationale regelbasierte Ordnung umgestalten will und gleichzeitig über die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel verfügt, dies zu tun. Das Land strebt nach Sicherheit und Kontrolle, statt nach Reform und Öffnung. Bei zahlreichen Gelegenheiten hat China das Ziel formuliert, bis 2049 die dominierende Weltmacht zu sein. Dieser Anspruch bildet die ideologische und machtpolitische Antithese zu der regelbasierten Weltordnung, die nach 1945 etabliert worden ist.

Weil China sich verändert hat, müssen auch wir in Europa unsere Politik gegenüber China neu justieren. ‘De-risking‘ und nicht ‘Decoupling‘ ist das Gebot der Stunde. Eine vollständige Entkopplung von der Volksrepublik ist weder in unserem Interesse, noch realistisch. Dafür ist China zu groß, zu mächtig und zu sehr mit unseren Volkswirtschaften verzahnt. Vielmehr gilt es, die Wertschöpfungsketten der wichtigsten Sektoren zurück nach Europa zu verlagern und so die Abhängigkeiten, die unsere politische Entscheidungsfreiheit signifikant einschränken können, zu minimieren.

Der strategisch richtige Umgang mit China ist die zentrale Frage in der europäischen Außenpolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.“

EU-US-Datenschutzrahmenabkommen

Das Plenum hat sich mit einer Entschließung zum von der EU-Kommission verhandelten EU-US-Datenschutzrahmenabkommen positioniert. Hierzu erklärt Lena Düpont (CDU), innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Dieser neue Datenschutzrahmen stellt klar, dass die Vereinigten Staaten ein angemessenes Schutzniveau für personenbezogene Daten von EU-Bürgern gewährleisten müssen. Dazu gehört beispielsweise, dass personenbezogene Daten gelöscht werden müssen, wenn sie für den erhobenen Zweck nicht mehr erforderlich sind. Auch schlagkräftige Rechtsbehelfe und Widerspruchsmöglichkeiten für europäische Bürgerinnen und Bürger sind enthalten.

Der Europäische Datenschutzausschuss hat diese Verbesserungen gegenüber den Vorgängerabkommen bestätigt. Nichtsdestotrotz müssen natürlich die verbleibenden Bedenken

des Ausschusses ausgeräumt werden. Der nun vereinbarte Rahmen ist ein entscheidender Schritt, um den Schutz von individuellen Grundrechten und den berechtigten Interessen von Bürgern, Unternehmen und Behörden Rechnung zu tragen.

In früheren Urteilen hat der EuGH erstmals definiert, unter welchen Bedingungen, Beschränkungen und Garantien ein Zugang von US-Behörden zu europäischen Daten möglich sein muss. Dieser Zugang ist nun auf das Maß beschränkt, welches zum Schutz der nationalen Sicherheit notwendig und verhältnismäßig ist. Es muss gerade in der heutigen Zeit möglich sein, dass Sicherheitsbehörden ihren Job machen. Sie sind im Gegenzug dazu verpflichtet, Datenschutzstandards zu definieren und zu veröffentlichen, so dass größtmögliche Transparenz herrscht.

Wir fordern die EU-Kommission dazu auf, die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit durch fortlaufende Überprüfung zu evaluieren, damit die essenzielle und grundsätzliche Gleichwertigkeit des Schutzniveaus aufrechterhalten werden kann.

Hintergrund:

Am 25. März 2022 haben die EU-Kommission und US-Präsident Joe Biden die grundsätzliche Einigung über einen neuen EU-US-Datenschutzrahmen erzielt. Der Rahmen wird den transatlantischen Datenverkehr fördern und den datenschutzrechtlichen Bedenken des EuGHs in der Entscheidung Schrems II Rechnung tragen. Ende letzten Jahres hat die Europäische Kommission das Verfahren zur Annahme eines Angemessenheitsbeschlusses für das Rahmenabkommen eingeleitet. Der vorgelegte Beschlussentwurf knüpft an die am 7. Oktober 2022 erfolgte Unterzeichnung eines einschlägigen US-Dekrets durch Präsident Biden und an die diesbezüglich vom US-Generalstaatsanwalt erlassenen Verordnungen an. Mit diesen beiden Instrumenten ist die grundsätzliche Einigung beider Blöcke in US-Recht umgesetzt worden.

Auf europäischer Seite sieht das weitere Verfahren nach Einholung der erfolgten Stellungnahme durch den Europäischen Datenschutzausschuss und grünes Licht von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten sowie der Konsultation des Europäischen Parlaments die endgültige Annahme des Angemessenheitsbeschlusses und der damit erteilten Angemessenheitsentscheidung durch die Kommission vor. Von diesem Zeitpunkt an können Daten frei und sicher zwischen der EU und den USA fließen. US-Unternehmen können dem Rahmen beitreten, indem sie sich verpflichten, eine Reihe detaillierter Datenschutzverpflichtungen einzuhalten.

Mein Mittelfranken

Regional, hochwertig, frisch

Christian Hofmann, Vorsitzender des Gemüseerzeugerverbandes, und Kreisobmann Peter Höfler (BBV) haben zum Tag der offenen Tür ins Nürnberger Knoblauchland geladen. Die



Gäste hatten die Möglichkeit die Betriebe zu besuchen, sich über die Produktion von Gemüse und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu informieren und sich mit den Landwirten und Produzenten direkt zu unterhalten. Der Tag bot eine großartige Gelegenheit, mehr über die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion zu erfahren - das war Landwirtschaft zum Erleben und Schmecken.

Rund 130 Betriebe bauen im Nürnberger Knoblauchland Gemüse an. Insgesamt bewirtschaften sie so ca. 1.900 ha landwirtschaftliche Fläche. Regionaleres und gesünderes Gemüse gibt es kaum. Gesund auch deswegen, weil Zwischenfrüchte, Getreide oder Kartoffeln für gesunde Böden und Humusaufbau sorgen. Gäste waren u.a. Hauptredner OB Marcus König oder die Regierungspräsidentin von Mittelfranken, Dr. Kerstin Engelhardt-Blum (Bild) und viele mehr.

Eröffnung der Spargelsaison im Nürnberger Land



Am 28. April war es endlich soweit: Auf dem Spargelfeld der Familie Maußner haben wir das erste ‚weiße Gold‘ angestochen. Mit von der Partie: Unsere Fränkische Spargelkönigin Veronika Hussnätter. Wenn es jetzt noch ein bisschen wärmer wird, fühlt sich der Spargel richtig wohl.

In ganz Franken wird auf rund 800 Hektar Spargel angebaut. Dabei blicken wir auf eine jahrhundertelange Tradition zurück. Regionalere und frischere Ware wie unseren Spargel gibt es kaum. Vor zehn Jahren hat die EU-Kommission den Fränkischen Spargel zum Schutz vor minderwertigen Fälschungen als „geschützte geographische Angabe g.g.A.“ eingetragen. Richtig so!

Den Spargelbauern wünsche ich eine ertragreiche Ernte!

Tag der Feuerwehr in Heuchling mit Überraschungsbesucher

Die FFW Heuchling hat an ihrem Tag der Feuerwehr ein interessantes Programm für Groß und Klein auf die Beine gestellt, ganz nach dem Motto „Feuerwehr zum Anfassen“.



Mit unserem Innenminister, Joachim Herrmann MdL, als Überraschungsgast, habe ich bei den Heuchlinger Feuerwehrlerinnen und Feuerwehrlern vorbeigeschaut.

Unsere Feuerwehren leisten einen unverzichtbaren Dienst für unsere Bevölkerung. Bayern unterstützt und fördert das haupt- und vor allem ehrenamtliche Engagement in vielfältiger Art und Weise.

Für Joachim Herrmann MdL und mich ging es nach der Feuerwehr zur Bezirksvorstandssitzung.

Paneuropa-Union am Laufer Marktplatz

Die Paneuropa-Union war Ende April mit einem Stand am Laufer Marktplatz zu Besuch und hat Lust auf Europa gemacht.

Das Glücksrad der EVP durfte dabei natürlich auch nicht fehlen. Wohltuend war die Aufgeschlossenheit der zahlreichen Gesprächspartnerinnen und -partner. Mein Dank geht an Gerhard Herrmann für sein unermüdliches Engagement. Europa braucht begeisterte Europäerinnen und Europäer!



Das neue Grundsatzprogramm der CSU

Stadt und Land, Heimat und Weltoffenheit, Freiheit und Verantwortung, Ökologie und Ökonomie - Politik für Jede und Jeden in unserem Land!

Das sind wir, das ist die CSU. Eine moderne Volkspartei und die Partei der Landwirte. Auf unserem Parteitag wurde das neue [Grundsatzprogramm](#) der CSU vorgestellt.

Mein Wissen und meine Erfahrung findet sich insbesondere in den Passagen Landwirtschaft, ländlicher Raum und Ernährungssicherheit wieder.

Mein besonderer Dank geht an Dr. Anja Weisgerber, MdB und Dr. Gerhard Hopp, MdL. Sie standen der Grundsatzkommission mit viel Eifer und Leidenschaft vor und haben das Programm unermüdlich vorangetrieben. Eine tolle Team-Leistung.

Parteiarbeit lebt vom Ehrenamt vor Ort

Alle Ortsverbände haben in den ersten 3 Monaten dieses Jahres neu gewählt. Das ist Pflicht. Und gut so. Denn Neuwahlen bestätigen auf der einen Seite die hervorragende Arbeit der Mandatsträgerinnen und Träger und bieten auf der anderen Seite Chancen für neue Köpfe.



Ich gratuliere stellvertretend dem wiedergewählten CSU-Ortsvorsitzenden Stephan Ertl (Neuhaus) und dem neugewählten CSU-Ortsvorsitzenden Thomas Neubauer (Lauf) im Nürnberger Land und wünsche viel Freude und Erfolg bei ihren Aufgaben.

Parteiarbeit lebt vom Ehrenamt vor Ort - danke an alle CSU-Ortsvorsitzenden, die für unsere CSU aktiv sind!

Herzensangelegenheiten

Am Sonntag ist Muttertag

Alles Liebe zum Muttertag! Mütter leisten jeden Tag Großartiges! Zum Muttertag dafür von Herzen ‚Danke‘, meine höchste Wertschätzung und Anerkennung. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass der Spagat vieler Mütter zwischen Kindern, Familie und Beruf oft atemberaubend ist - trotz des Ausbaus der Betreuungsmöglichkeiten. Viele gehen an ihre Grenzen, um alle Anforderungen gut unter einen Hut zu bekommen.

Umso grotesker ist das Bestreben mancher Medien, unsere gesamte Sprache zu gendern. Selbst vor dem Wort Mutter machen die Gender-Getriebenen keinen Halt. Unlängst wurde bei einem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender von der gebärenden Person anstelle der Mutter gesprochen. Die Spitze der Absurdität. Und die Begründung - abenteuerlich. Inzwischen sind die Medienschaffenden zurückgerudert.

Meine Pressemeldung zum Muttertag sowie zum Tag der Kinderbetreuung können Sie [hier](#) nachlesen.

9. Mai - Europatag

Die EU ist ein Europa der Regionen - über nationale Grenzen hinweg. Ein zentrales Anliegen der Europäischen Union ist die Stärkung ihrer ländlichen Räume und ihrer Städte. Die Europäische Union will für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Mitgliedsländer sorgen und dafür, dass sich die Lebensqualität der EU-Bürgerinnen und -bürger insgesamt verbessert. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns, dass Frieden und Freiheit für Europa nicht umsonst zu haben sind. Wir müssen alle gemeinsam dafür einstehen und hart daran arbeiten. Als Einheit sind wir stark und können die großen Herausforderungen dieser Zeit meistern. Europa ist unsere Zukunft und braucht begeisterte Europäerinnen und Europäer. Jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin zählen

Lesen Sie in meiner [Pressemeldung](#), warum Europa auch Ihnen ganz nahe ist.

5. Mai: Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir müssen deshalb in Europa gemeinsam daran arbeiten, ihre Teilhabe am sozialen und öffentlichen Leben weiter zu verbessern. Dazu gehört insbesondere auch die Barrierefreiheit. Dass sich der Protesttag 2023 mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzt, ist absolut richtig. Noch immer stoßen viele Menschen mit Behinderung auf physische Barrieren, zum Beispiel im Öffentlichen Personennahverkehr. Aber auch im digitalen Bereich gibt es zu viele Grenzen.

Lesen Sie meine vollständige Pressemeldung [hier](#).

Robert Schumann Essay-Wettbewerb: Mach mit!

Alle Infos zum Wettbewerb und den Gewinnen findest du [hier](#).



Check out what's new on epp4youth.eu

Enter our Robert Schuman Essay Competition for Graduates

Great prizes: Paid traineeships and invitations to the EPP Group Youth Week 4-7 September, 2023! Also links to all EU traineeship opportunities & fun online quizzes

 

Lesenswert

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der "[Brüsseler Notizen](#)" der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Stark vertreten in Brüssel - CSU im Europaparlament

Wir, die sechs bayerischen CSU-Europaabgeordneten, setzen uns ein für die Belange Bayerns und Europas. Lesen Sie in unserem [Infobrief der CSU-Europagruppe](#), welche TOP-Themen uns beschäftigt haben.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.